

Murauer Stadtblatt.

Behördliches Organ für die Stadt und den Amtsbezirk Mura.

Erscheint jeden Sonnabend.

Anzeigen und örtliche Berichte für das „Murauer Stadtblatt“ werden bis Donnerstag mittag jeder Woche an die Buchdruckerei von Marek & Martin in Trebnitz in Schlessen erbeten.

Bezugspreis:

vierteljährlich bei Abholung von der Post 75 Pf., durch den Austräger die Nummer 10 Pf.

Anzeigenpreis:

einmaliger Aufnahme die kleine Zeile 30 Pf., bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 35.

Sonnabend, den 30. August

1919.

Tag	Datum	S. A.	S. U.	Wohn-Ausgang	Wohn-Eintrang
Sonntag	31. August	5.12	6.48	vorm. 11.42	nachm. 8.48
Montag	1. Sept.	5.14	6.46	nachm. 12.43	9.23
Dienstag	2. "	5.15	6.43	" 1.40	" 10.3
Mittwoch	3. "	5.17	6.41	" 2.31	" 10.52
Donnerstag	4. "	5.18	6.39	" 3.16	" 11.49
Freitag	5. "	5.20	6.37	" 3.54	" "
Sonnabend	6. "	5.21	6.35	" 4.27	vorm. 12.52

Im Gedränge hier auf Erden
Kann nicht jeder, was er will;
Was nicht ist, es kann noch werden,
Hüte dich und bleibe still.

Marktfalender (K=Kram, P=Pferde, S=Stiermarkt).

1. Sept. Reinitz (K.), Cantz (2 K.), Landesgut (Rindv.),
Loslau (Rindv.), Biebus (Rindv.), Wittichenau (Rindv. Schw.),
2. Briege (K.), Langerdorf (K.), Loslau (K.), Ust (K.). 4. Kattowitz (Rindv.),
Proslau (K.), Mandten (K.). 5. Ruhland (Schw.). 6. Polwitz (Schw.),
Primtenau (Rindv.).

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die hiesigen Landwirte werden auf die Ablieferungspflicht von je 100 kg Hafer für den angebauten Morgen aufmerksam gemacht.

Ausfuhr von Hafer aus dem Kreise ist verboten.

Vom 25. d. M. ab kommen pro Kopf und Woche zur Verteilung:

1. für Versorgungsberechtigte:

30 Gramm Butter und 120 Gramm Fett oder Margarine,

2. für Selbstversorger:

100 Gramm Butter und 50 Gramm Fett oder Margarine.

Die Ausgabe von Fett an Selbstversorger erfolgt auf Selbstversorgerzetteln. Letztere sind sofort im Magistratsbüro abzuholen.

Mura, den 26. August 1919.

Der Magistrat.

Engel.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach Meldungen aus Paris soll Deutschland an Frankreich eine Entschädigung von 200 Milliarden zahlen.

* Die Bestimmungen in Nordschleswig sollen Ende Oktober beginnen.

* Der belgische Senat hat das Friedensabkommen ratifiziert. Minister Spynas erklärte bei der Behandlung der Kolonialfragen, daß Belgien wahrscheinlich große Gebiete in Deutschafrika erhalten werde.

* Mit dem Heimtransport der 60000 Mann starken Madens-Armee ist begonnen worden.

* Das amerikanische Truppenkontingent am Rhein soll nach dem 30. September nur noch 6000 Mann betragen.

* Das Kronvermögen des ehemaligen deutschen Kaisers ist von der Regierung zum Kon auf annähernd 185 Millionen rechnet worden. Aber die Höhe der Abfindung ist noch nicht bestimmt.

* 21 frühere deutsche Schiffe, die sich zurzeit noch in englischen Häfen befinden, sind Portugal ausgetauscht worden.

* Von englischer Seite wird die Rückbefreiung der dortigen Kriegsgefangenen angekündigt, während fast gleichzeitig der Oberste Rat in Paris diese Maßnahme wieder rückgängig macht.

* In Österreich hat man den Anschluss an Deutschland aufgegeben und ist in das Entente Lager eingeschwenkt.

* In Paris starb der ehemalige russische Botschafter Tschwolki, einer der größten Kriegsverbrecher innerhalb der Entente.

* Erzherzog Josef ist von seinem Posten als ungarischer Reichsverweser zurückgetreten.

* Die kurze Zeit der Räteregierung hat dem ungarischen Staat über 8 1/2 Milliarden gekostet.

* Nach Pariser Meldungen plant Frankreich die Schaffung eines neuen katholischen Staates in Mitteleuropa unter Einfluß Bayerns.

* Die „Times“ behauptet, es liege ein Beschluß der Entente vor, demzufolge die kommende deutsche Vermögensabgabe mit Beirung den Alliierten auszuführen sei.

* Eduard Grey begibt sich am 16. September nach Amerika zur Übernahme seines Botschafterpostens in Washington.

* Präsident Wilson erklärte im Senat, daß Amerika 15 Jahre in den Rheinländern eine Besatzung stehen lassen müsse.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Versuch Eberts in München. Bei einem Gastmahl zu Ehren des Reichspräsidenten Ebert und des Wehrministers Kossel anlässlich der Übernahme der bayerischen Truppen in die Reichswehr erhob der bayerische Ministerpräsident Hoffmann das Glas auf ein treues Zusammenarbeiten Bayerns mit dem Reich für alle Zeit. Der Reichspräsident trau auf das Wohl Bayerns. Er führte aus, daß er selbst sich über sei und es als seine vornehmste Aufgabe betrachte, die deutsche Eigenart, soweit es nur immer die Reichsverpflichtung zulasse, zu wahren und zu fördern. Er gedachte der schweren Bedrücknisse der Wähler in diesem Augenblicke mit dem Wunsche, daß die Wala für immer ein unlöslicher Bestandteil Bayerns

bleibe. Der Reichspräsident konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß die unablässlichen Bemühungen der Reichsregierung für baldigste Heimbeförderung unserer aefangenen Brüder nun endlich von Erfolge gekrönt seien.

* Die Abstimmung in Nordschleswig. Nach Meldungen aus Kopenhagen rechnet man im dortigen Ministerium damit, daß die Abstimmung in der ersten Zone bereits in der letzten Hälfte des Oktober wird erfolgen können und daß man die Abstimmung in der zweiten Zone derart beschleunigen kann, daß zwischen beiden Abstimmungen nur zwei- bis drei an Stelle von fünf Wochen liegen werden.

* Enttäufte Regulierung der deutschen Ostgrenze. Der Vorsitzende der internationalen Militärdelegation in Verlin, General Dupont, ist zum Vorsitzenden der Kommission zur Regulierung der deutschen Ostgrenze ernannt worden.

* Ein polnischer Minister für die ehemals deutschen Gebiete. Wie aus Warschau gemeldet wird, ist als Minister für die abzutretenden Posener und westpreussischen Gebiete von der polnischen Regierung der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete Senda in Aussicht genommen.

* Untersuchung gegen die deutschen Gouverneure von Lille. Nach Meldungen der französischen Presse aus Lille ist dort eine Untersuchung eingeleitet worden gegen die beiden Militärgouverneure während der deutschen Besetzung, Generale v. Heinrich und v. Graevenik, außerdem gegen den deutschen Polizeichef Hummel.

* Lloyd George und Churchill in Köln. Der britische Premierminister Lloyd George, Minister Churchill sowie Asquith sind in Köln, wo sich das Hauptquartier der englischen Kontinentaltruppen befindet, eingetroffen. Es ist der erste Fall, daß seit fünf Jahren ein aktiver Staatsmann der Entente deutschen Boden betritt. Zur Feier der Anwesenheit findet eine große englische Truppenparade statt.

* Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Serbien. Nach Mitteilung von gut unterrichteter Seite sollen alle deutschen Kriegsgefangenen in Serbien in kurzer Zeit in die Heimat entlassen werden. Der Abtransport aus Serbien werde voraussichtlich am 23. August beginnen.

* Austausch deutscher und polnischer Eisenbahner. Der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt in einem Erlaß, daß in allen an Polen fallenden Gebieten, auch soweit sie zurzeit noch nicht besetzt sind, deutsche Bedienstete gegen Beamte und Arbeiter polnischer Nationalität aus dem übrigen Staatsbahnbereich ausgetauscht werden.

* Bischofskonferenz und Kriegsgefangene. Die Bischofskonferenz in da hat eine Erklärung gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen beschlossen, in der es heißt: „Wir unterzeichnen, in Fulda versammelten Bischöfe, ipressen öffentlich unsere Entrüstung aus über dieses himmelschreiende Unrecht. Unsern deutschen Brüdern, die in einer durch nichts mehr zu rechtfertigenden Gefangenschaft zurückgehalten werden, geben wir die feierliche Versicherung, daß wir, wie bisher, so künftig unablässig Bemühung sein werden für ihre alsbaldige Befreiung. Die von Trauer und Sorge so grausam gequälten Angehörigen der heillosen Gefangenen aber mögen überzeugt bleiben, daß von uns jeder nur mögliche Weg beschritten wird, um zu erreichen, daß die fortgesetzte unmenschliche und widerchristliche Handlungsweise der Entente-Regierungen gegen die armen Opfer der Gefangenschaft endlich eingestellt wird.“

* Pensionierung aller alten Forstbeamten. Der preussische Landwirtschaftsminister hat anlässlich der Notwendigkeit, eine große Zahl von Forstbeamten aller Dienstgrade aus den abzutretenden Landesteilen auf die verbleibenden Stellen zu übernehmen, sowie angesichts der schwierigen Verhältnisse der forstlichen Betriebsführung angeordnet, allen über 65 Jahre alten Forstbeamten die Beantragung ihrer Verlesung in den Ruhestand zu dem nächst zulässigen Zeitpunkt nahezu legen.

* Neuwahl der Arbeiterräte. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat eine Wahlordnung zur Neuwahl der Arbeiterräte beschlossen. Die Neuwahlen müssen bis zum 30. November durchgeführt sein. Der Zentralrat hat ferner beschlossen, für die Folge den Namen „Zentralrat der deutschen Arbeiterräte“ zu führen.

* Der Ertrag der Erbschaftsteuer. Der Ertrag des Erbschaftsteuergesetzes wird unter Berücksichtigung der Änderungen, deren Mehrertrag auf 125 Millionen Mark geschätzt wird, für das verkleinerte Reichsgebiet mit jährlich 775 Millionen Mark angenommen. Der Reichsminister der Finanzen legt gleichzeitig eine Zusammenstellung von Beispielen für die Wirkung der Erbschaftsteuer von Vermögenszuwachs, Reichsnotopfer und Erbschaftsteuer vor.

* Keine Schüler zur Ausbildung bei Ententeoffizieren. Der preussische Kultusminister und der Landwirtschaftsminister haben sich grundsätzlich dagegen erklärt, daß sich Schüler höherer Lehranstalten während eines Landarbeiterstreiks den Landwirten zur Verfügung stellen.

Deutsch-Österreich.

* Deutsch-Westungarns Erhebung. Die gesamte Bevölkerung des Eisenburger Komitats erklärte in zahlreichen Versammlungen den Austritt aus dem ungarischen Staatsverbande und den Anschluss an Deutsch-Österreich. Die Versammlungen verliefen, soweit sich bis jetzt überleben läßt, überall erfolgreich. Die Beschlüsse wurden einstimmig und feierlich unter freiem Himmel gefaßt und die Erklärung des Volkswillens an die Regierung in Budapest, an die deutsch-österreichische Regierung, die Landesregierung in Steiermark und die Ententemissionen gelangt.

Ungarn.

* Der Rücktritt Erzherzogs Josef erfolgte in einer Sitzung des Kabinetts, der auch der Erzherzog beimohnte. Es wurde darin beschlossen, daß Prinz Josef infolge der Stellungnahme der Entente seine Tätigkeit als abgeschlossen betrachtet und von der Beweiserstattung zurücktritt, und zweitens, daß auch die durch den Prinzen ernannte Regierung zurücktritt. Der Prinz verabschiedete sich bewegt von seinen Mitarbeitern, reichte jedem der Reihe nach die Hand und entfernte sich hierauf. Der Ministerrat beschloß sodann, bis zur Konstituierung der neuen Regierung die Geschäfte des Landes weiterzuführen. Prinz Josef wird eine Abschiedsproklamation an die Nation erlassen.

Dolen.

* Die Wähler an der Arbeit. In Warschau ist eine Deputation von Insurgenten aus Oberschlesien beim Ministerpräsidenten Baderewski eingetroffen und auch vom Staatsoberhaupt Pilsudski empfangen worden. Die Deputation fordert, daß den Aufständischen in Oberschlesien sofort Hilfe geleistet werde, um so eher, als sich das polnische Heer nach einem Kampfe mit den Deutschen hebt. Die Warschauer Presse erklärt ebenfalls, daß man nicht eine Entscheidung der Entente abwarten könne und fordert die Regierung zu energischen Schritten auf.

Frankreich.

* Tschwolki †. In Paris ist der ehemalige russische Botschafter, frühere Minister Tschwolki gestorben. Er war einer der eifrigsten Förderer des französisch-russischen Waffenbundes, der sich ausschließlich gegen Deutschland richtete. Als Vorkämpfer der deutschfeindlichen Großfürstenpartei setzte er in Paris die russische Forderung, daß Frankreich behufs größerer Schlagfertigkeit die dreijährige Dienstzeit einführe, mit Erfolg durch. Die französischen Blätter gedenken in langen Nachrufen der großen Rolle, die Tschwolki in der Vorkriegszeit des Arcees spielte hat.

* über die Höhe der Entschädigung, die Deutschland zahlen soll, verbreitet die Presse einen Auszug aus dem Bericht über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages mit Deutschland, den der Abgeordnete des Seine-Departements Jules Dubois vorgelegt hat. Danach würde sich die Entschädigungssumme und Wiedergutmachungssumme, die Deutschland an Frankreich zu zahlen hat, auf insgesamt 200 Milliarden und 189 Millionen stellen.

Großbritannien.

* Ein neuer Aufstand in Irland. In Londonderry fanden Zusammenstöße zwischen der irischen nationalistischen Bevölkerung und Truppen und Polizisten statt. 400 Soldaten und die gesamte Polizeimacht wurden wiederholt gegen die Volksmenge vorgehen. Mehrere Wäden wurden geplündert und Schüsse wurden gewechselt. Die Unruhe hielt die ganze Nacht an. Man befürchtet eine Wiederholung der Unruhen. In Clare dauert der Kleinrieg zwischen den Sinnfeinern und der Polizei fort. In Rosfaddo wurde eine Polizeipatrouille von Sinnfeinern unter Feuer genommen.

* Aufruhr in Süd-Irland. Die Unruhen in Irland haben einen gefährlichen Umfang angenommen. Süd-Irland befindet sich im Zustande offener Revolution, und die Lage wird von Stunde zu Stunde ernster. In der Nähe von Coal Island in der Grafschaft Ulster hat die Bevölkerung die englischen Truppen überfallen und gesteinigt. Oden-Island, das als Munitionsdepot dient, wurde von der Küste gegenüber beschossen. Bei Raven, dreißig Kilometer von Dublin, haben die Aufrührer die Eisenbahnschienen aufgerissen. Wie es heißt, stehen in Dublin sechzigtausend Mann englische Regierungstruppen mit Tanks, Maschinengewehren und Fliegern.

Aus In- und Ausland.

* Wien. Die durch Wien fahrende Madens-Armee wurde dort von der Bevölkerung auf herlichste begrüßt. Viele der Mannschaften stecken in englischen oder türkischen Uniformen. Das Volk verteilte Liebesgaben unter die Soldaten.

* Wien. Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß Generalfeldmarschall Madens nicht zugleich mit den jetzt über Deutsch-Österreich heimkehrenden Truppen nach Deutschland fahren kann. Er ist noch in Futal interniert und wird später über Salonik heimbefördert werden.

* Haag. Der ehemalige Deraog und die Deraogin von Braunschweig befinden sich seit einiger Zeit in Scheveningen. Der Deraog will sich für ständig im Haag niederlassen.

Neue Post- und Telegraphengebühren.

Der Staatsauschuss hat in seiner letzten Sitzung, wie berichtet, den Gesetzentwurf ausgemittelt, die eine Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren vorsehen. Folgende Einzelheiten über die neuen Gebühren werden jetzt bekanntgegeben:

Es handelt sich um drei Gesetzentwürfe: 1. den Entwurf eines Gesetzes über das Posttarifwesen; 2. den Gesetzentwurf über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren; 3. den Gesetzentwurf über das Postfachwesen.

Der Gesetzentwurf über das Posttarifwesen

Das Briefporto beträgt bis 20 Gramm 20 Pf., über 20 Gramm 30 Pf.; für nicht oder ungenügend freigemachte Briefe beträgt das Porto das Doppelte des Fehlbetrages auf eine durch 5 teilbare Pfennigsumme, auf oben abgerundet. Für wertvollste Briefe wird nur der einfache Fehlbetrag erhoben, wenn sie durch eine vom Reichspostministerium bestimmte Bezeichnung kenntlich gemacht sind.

Das Paketporto wird nach Entfernung und Gewicht erhoben. Für die Berechnung nach der Entfernung sind zwei Zonen vorgegeben, eine Nahzone bis 75 Kilometer einschließlich und eine Fernzone über 75 Kilometer. Das Postgebiet wird in quadratische Felder von 15 Kilometer Seitenlänge eingeteilt und die Entfernung vom Warteort des einen zu dem gleichen Punkt des anderen Feldes gemessen. Beträgt die Entfernung nicht mehr als 75 Kilometer, so liegen die Postorte des einen in der Nahzone des anderen Feldes; ist die Entfernung größer, so liegen sie in der Fernzone. Beim Gewicht sind vier Stufen von je 5 Kilogramm gewählt. Das Paketporto beträgt bis 5 Kilogramm einschließlich in der Nahzone 0,75 Mk., in der Fernzone 1,25 Mk., über 5 Kilogramm bis einschließlich 10 Kilogramm 1,50 Mk. bzw. 2,50 Mk., über 10 Kilogramm bis einschließlich 15 Kilogramm 3 Mk. bzw. 5 Mk., über 15 Kilogramm bis einschließlich 20 Kilogramm 4 Mk. bzw. 6 Mk. Nicht oder unzureichend freigemachte Pakete werden nicht befördert. Für sperriges Gut wird ein Zuschlag von 50% des Portos erhoben, der durch eine durch 5 teilbare Pfennigsumme nach oben abgerundet ist.

Für Wertsendungen werden erhoben: 1. die Gebühr wie eine gleichartige eingeschriebene Sendung; 2. eine Versicherungsgebühr von 20 Pf. für je 1000 Mark Wertangabe. Nicht oder unzureichend freigemachte Wertsendungen werden nicht befördert.

Die Zeitungsgebühr beträgt 1. 5 Pf. für jeden Monat der Bezugszeit; 2. 20 Pf. jährlich für wöchentlich oder seltener Erscheinungen sowie 20 Pf. mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche; 3. 10 Pf. jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts unter Gewährung eines Freigewichtes von je einem Kilogramm für je zwei Ausgaben, wie der Gebühr zu 2 unterliegen. Das Jahresgewicht wird für jedes Kalenderjahr nach dem tatsächlichen Gewicht der Zeitungsnummern des vorausgegangenen Jahres festgestellt. Bei neuen Zeitungen erfolgt bis zur Annahmbarkeit dieser Bestimmung die Gewichtsberechnung vierteljährlich nach dem Gewicht der erschienenen Nummern. Der Verleger hat zum Zweck der Gewichtsberechnung der ihm bezeichneten Poststelle ein vollständiges Freieremplar von jeder Nummer zu liefern. Nachforderungen zu wenig gezahlter Gebühren verfahren innerhalb eines Jahres nach der Aufgabe der Sendung.

Der Reichspostminister ist berechtigt, den Geltungsbereich der Ortsgebühren auf die Nachbarorte auszudehnen.

Die Bestimmungen finden auf den inneren Postverkehr in Bayern und Württemberg keine Anwendung. Die von Bayern und Württemberg aus den entsprechenden Verhältnissen oder Zuschüssen der Reichspostverwaltung jährlich zu zahlenden Ausgleichsbeträge werden nach dem Verhältnis der Gebühreneinnahmen von Bayern und Württemberg zu denen des Reiches berechnet.

Die Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Die Telegraphengebühr beträgt 1) für gewöhnliche Drücktelegramme 8 Pf. für jedes Wort, mindestens 80 Pf. 2) Für gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr 10 Pf., mindestens 1 Mk. 3) Für Brestelegramme die Hälfte der vorstehenden Gebühren. Die übrigen Telegraphengebühren und die Bedingungen für die Benutzung des Telegraphen werden durch die Telegraphenordnung festgelegt.

Die Fernsprechgebührenordnung vom 20. Dezember 1899 wird dahin geändert: § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung: Die Sprachgebühr beträgt in Neben von nicht über 50 Teilnehmern einschließlich 180 Mk., bei 50 bis 100 einschließlich 200 Mk., bei 100 bis 200 einschließlich 240 Mk., bei 200 bis 500 einschließlich 250 Mk., bei 500 bis 1000 einschließlich 300 Mk., bei 1000 bis 5000 einschließlich 320 Mk., bei 5000 bis 20000 einschließlich 340 Mk., bei mehr als 20000 Teilnehmern 360 Mk. jährlich für jeden Anschluss, der von der Vermittlungsstelle, von der er gefordert wird, nicht weiter als 5 Kilometer entfernt ist. Im § 4 und § 5 letzter Absatz wird die Zahl 80 durch 160 ersetzt. § 5 Abs. 2 und 3 erhält folgende Fassung: Die Grundgebühr beträgt in Neben von nicht über 1000 Teilnehmern einschließlich 120 Mk., bei 1000 bis 5000 einschließlich 150 Mk., bei 5000 bis 20000 einschließlich 180 Mk., bei mehr als 20000 Teilnehmern 200 Mk. jährlich für jeden Anschluss, der von der Vermittlungsstelle nicht weiter als 5 Kilometer entfernt ist. Die Gesprächsgebühr beträgt 10 Pf. für jede Verbindung.

§ 7 erhält folgende Fassung: Für die Benutzung der Verbindungsleitung zwischen verschiedenen Neben oder Orten mit öffentlichen Fernsprechstellen werden Gesprächsgebühren erhoben. Sie betragen für eine Verbindung von nicht mehr als 3 Minuten bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometer einschließlich 40 Pf., bis 50 Kilometer einschließlich 60 Pf., bis 100 Kilometer 1 Mk., bis 500 Kilometer 2 Mk., bis 1000 Kilometer 3 Mk., mehr als 1000 Kilometer 4 Mk. Auf die Berechnung der Entfernung findet die Vorschrift des § 2 des Posttarifgesetzes sinngemäße Anwendung.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft. Jeder Fernsprechteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluss bis zum 15. September 1919 für den 1. Oktober 1919 zu kündigen oder zu einer niedrigeren Gebühreneinstufung anzumelden. Bei den am 1. Oktober 1919 vorhandenen Anschlüssen gegen Grund- und Gesprächsgebühren werden die an der gesetzlichen Mindestzahl (§ 5 Abs. 1 F. G.) fehlenden Ortsgespräche auch im Rechnungsjahr 1919 mit 10 Pf. angelegt.

Die Änderung des Postfachgesetzes.

Der Gesetzentwurf über die Änderung des Postfachgesetzes verfügt, dass die feste Gebühr für Auszahlung im Postfachverkehr von 5 auf 10 Pf. erhöht wird, im übrigen bleiben die Bestimmungen des bisherigen Postfachgesetzes bestehen.

Das Ergebnis der Einnahmen aus dem neuen Posttarifgesetz und der Erhöhung der Telegraphen- und Fernsprechgebühren wird auf 437 000 000 Mark geschätzt, von denen die erhöhten Postgebühren 327 000 000 Mark und die erhöhten Telegraphen- und Fernsprechgebühren 110 000 000 Mark ergeben sollen.

Weitere Porto-Erhöhungen.

In der Begründung zu dem Gesetz über das Posttarifwesen wird noch mitgeteilt, dass entsprechend der neuen Gebühreneinstufung für Briefe und Postkarten auch die durch die Postordnung festgesetzten Gebühren für die übrigen Briefsendungen im Verordnungswege erhöht werden sollen, und zwar für Drucksachen von über 50 bis 100 Gramm von 7/10 auf 10 Pf., über 100 bis 250 Gramm von 15 auf 20 Pf., bis einschließlich 500 Gramm von 25 auf 30 Pf., über 500 bis 1000 Gramm von 35 auf 40 Pf.; Geschäftsbriefe bis 250 Gramm von 15 auf 20 Pf., über 250 bis 500 Gramm von

25 auf 30 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm von 35 auf 40 Pf. Warenproben bis 250 Gramm von 15 auf 20 Pf., über 250 bis 500 Gramm von 25 auf 30 Pf., Mitteilungen bis 250 Gramm von 15 auf 20 Pf., über 250 bis 500 Gramm von 25 auf 30 Pf., über 500 bis 1000 Gramm von 35 auf 40 Pf.; Rohrpostbriefe von 35 auf 40 Pf.; Rohrpostkarten von 30 auf 50 Pf.; Postanweisungen (einschließlich Bestellgeld) über 5 bis 100 Mk. von 35 auf 40 Pf.; ferner sind folgende neue Stufen festgesetzt worden: über 100 bis 250 Mk. 60 Pf., über 250 bis 500 Mk. 80 Pf., über 500 bis 1000 Mk. 100 Pf.

Die Gebühren für Drucksachen bis 50 Gramm sollen unverändert auf 5 Pf. bleiben, um dem Publikum die Verwendung des Werbemittels nicht zu verteuern und dadurch die Wiederanbahnung von Geschäftsverbindungen zu erleichtern.

Völkerebel am Schwarzen Meer.

In Odessa.

Die Bevölkerung von Odessa, die aus verschiedenen Nationalitäten, wie Russen, Juden, Polen, Rumänen, Türken und Kaukasier besteht, hat reichlich Gelegenheit gehabt, mit allerlei Sitten und Gewohnheiten Bekanntschaft zu machen. Da die Stadt dank ihrer herrlichen Lage stets das Ziel vieler Welleuropäer gewesen ist, ist ein Ausländer kein Wunder. Es verdient aber dennoch festgehalten zu werden, welche und wie viele Fremde Odessa seit Ausbruch der russischen Revolution beherbergt hat.

Die Ukrainer eröffneten den Reigen. Ihnen folgten die Deutschen, die Österreicher, die Ungarn, die Tschechen, Kroaten usw. Nach dem Ausbruch der Revolution in Deutschland und dem Waffenstillstand der Entente räumten die Mittelmächte Südrußland, und bald erschienen die Franzosen und in ihrem Gefolge Marokkaner und Senegaleser. Dieser Völkerverwanderung nach und aus der Stadt machten die Bolschewiki ein Ende. Was die Entente mit dem Befehl, daß die Deutschen Südrußland räumen müßten, vorhatte, schreibt der russische Berichterstatter eines Rotterdamer Blattes, weiß ich nicht, sie hat auf jeden Fall der Bevölkerung einen schlechten Dienst erwiesen. Die deutsche Besatzungsarmee schuf in diesem Teile des ehemaligen Zarenreiches Ordnung, so daß das Leben erträglich und nach heutigen Begriffen sogar behaglich wurde. Als die Deutschen nicht mehr zu sagen hatten, wurde Südrußland die Beute chaotischer Zustände, und Revolutionen standen auf der Tagesordnung. Die Bolschewiki kümmerten sich nicht im geringsten um die pomposa Anordnung der Franzosen, daß sie den Staat Südrußlands auf sich nähmen, und besetzten eine Stadt nach der andern.

Als die Franzosen sahen, daß ihre Worte gar keinen Eindruck machten, begannen sie mit fieberhafter Hast eine antibolschewistische Armee anzuwerben. Odessa war das Verbezugszentrum. Die neue Armee, die bei den aus allen Winkeln Rußlands nach Odessa geflüchteten Aristokraten unter dem Namen „Armee der Hoffnung“ bekannt war, bestand aus russischen Freiwilligen, polnischen Legionären, Griechen, weißen und schwarzen Franzosen. Eine Dame, die ihre Wohnung für Einquartierungszwecke hergegeben hatte, klagte über die Mühe, die sie hatte, um sich mit allen diesen „Befreier“ zu verhalten. Sie habe sich zu viele Wörterbücher anschaffen müssen! Dafür brachte sich die Bourgeoisie ohne Wörterbuch fort, denn die Bourgeois brauchten mit den Ausländern nicht in direkte Verbindung zu kommen, da sie im engsten Kreise ganz vorteilhafte Geschäfte durch Spekulationen in russischem Gelde machen konnten.

Da die verschiedenen russischen Regierungen es als ihre höchste Aufgabe erachteten, Papiergeld auszugeben, war das Land mit allerlei Banknoten überhäuft. Das Geld änderte täglich seinen Wert. Die Clique, die sich mit dem künstlichen Sinausschrauben und Drücken des Purkes beschäftigte, arbeitete Hand in Hand mit dem Kaufmannsstande, der seine Waren bloß gegen Papier zum höchsten Kurse verkaufte. Die Leichtigkeit, mit der auf diese Weise zahlreiche Schieber große Gewinne einheimsten, verleitete zu der luxuriösesten Lebensweise. Auf ohne Mühe gemonnenes Geld legte man nun einmal kein großes Gewicht. Bevor die Bolschewiki einzogen, gab es daher in Odessa an allen Ecken und Enden Vergnügungsorte. Die Besucher dieser gaslichten Stätten waren Spekulanten, neugeborene Diplomaten der antibolschewistischen Regierungen, Vertreter wirtschaftlicher Kommissionen, alte Diplomaten und Offiziere des ehemaligen Zarenreiches. Auch „politische Salons“ schlossen wie Pilze aus dem Boden. Daß man die wichtigen Gespräche, die stets auf die Vernichtung des Bolschewismus hinausliefen, reichlich mit Wein begoß, versteht sich von selbst. Mietsummen wurden hier vergeredet, während die minderbemittelte Bevölkerung unter der Feuerung fürchtbar litt. Das Geld flieg noch, als viele Kapitalisten ihre Fabriken schlossen und zu Geld machten, weil sie die Sozialisierung ihrer Betriebe fürchteten. Die Kluit zwischen Armen und Reichen wurde immer größer. Die von den Franzosen rekrutierte Freiwilligenarmee aoh noch Bl ins Feuer, als sie jeden, der bolschewistischer Neigungen verdächtig wurde, handrechtlich erschoss. Spionage und Denunziantentum geüben üppig, aber viele ließen dabei ihr Leben. Sicher war man eigentlich nur dort, wo noch deutsche Truppen die Macht in Händen hatten. . . S.

Bermischtes.

Viechtenstein und die Schweiz. Der Landtag des Fürstentums Viechtenstein kündigte dieser Tage den Zollvertrag mit Österreich und beauftragte die Regierung, sich mit der Schweiz ins Einvernehmen zu setzen. Auch Post und Telegraph sollen von der Schweiz übernommen werden. Die Grenzpoststellen an der schweizerischen Grenze werden aufgehoben und an die deutsch-österreichische Grenze zurückgezogen. Durch Auflassung des Solles tritt Viechtenstein vorübergehend in ein solches Stadium, h. h. es gilt im Lande das unbeschränkte Freihandelsystem. Schwer getroffen werden von dieser Neuordnung der Dinge die Schmuggler, denn es ist wohl im ganzen übrigen Europa nicht so viel geschmuggelt worden wie an den Grenzen des kleinen Fürstentums. Die Schmugglerkuppe war so mächtig, daß sie selbst in der Politik Viechtensteins eine Rolle spielte. Schwierigkeiten dürften den Viechtensteinern bei ihrer unblutigen Revolution die Geldwährung bereiten, denn das in Vaduz erscheinende Viechtensteiner Regierungsbillet veründet, daß die Valutaregulierung sich zu einer „ungeheuer wichtigen und dringenden Frage“ gestalten dürfte; es könne da allerdings nur noch die Übernahme der Fremtwährung in Betracht kommen. Dem Fürsten von Viechtenstein hat man in der letzten Zeit wenig gehört. Einmal hieß es, er wolle „verhandlungsfähig“ in der Schweiz; das konnte nur so verstanden werden, daß er seine Fürstentümerlichkeit freiwillig auf-

geben und sein Vändchen — vielleicht gegen irgendwelche Abfindungen — zu einem schweizerischen Kanton machen wolle. Wie weit diese Verhandlungen gediehen sind, war bisher nicht festzustellen. Neulich ist der Fürst wieder in Vaduz eingezogen und von den Schülern feierlich begrüßt worden. Also „nichts Gewisses weiß man nicht“.

Karl May und die rumänischen Friedensbedingungen. In einem ungarischen Blatt ist zu lesen: Kürzlich nahm ich ein Buch von Karl May zur Hand, und der Zufall wollte es, daß ich gerade folgende Stelle aufschlug: Der Scheich der Hadd edihn fragt, welche Kriegsschadigung er von den besiegten Gegnern verlangen soll, und es entwickelt sich die Debatte über ihr Verden: „Wollt ihr ihnen das Leben nehmen?“ — „Nein, wir sind keine Mörder.“ — „Wenn ihr ihnen aber die Herden nehmt, so nehmt ihr ihnen das Leben und raubt euch auch selbst. Kann ein Weib-Weib Tribut zahlen, wenn er keine Herden hat? Und wenn ihr ihnen alles nehmt, so stiehlt und rauben, so zwingt ihr sie zu stehlen und zu rauben. Und wo werden sie stehlen? Zunächst bei ihren Nachbarn. Und wo rauben? Zuerst bei dem, der sie arm gemacht hat.“ Und etwas später las ich: „Von 20 Pferden, 300 Kamelen, 1200 Rindern, 30 Eseln und 9000 Schafen werden 10 Pferde, 100 Kamel, 300 Rinder, 10 Esel und 2000 Schafe als Kriegsschadigung verlangt.“ Darauf nahm ich die Zeitung zur Hand und las die — rumänischen Bedingungen für Ungarn: „Abgabe alles Kriegsmaterials, aller Ausrüstungsgegenstände, 50 % des Eisenbahnmateriale, 30 % des gesamten Bestandes an Rindern und sonstigen Tieren, 30 % aller landwirtschaftlichen Maschinen, 20 000 Waggons Getreide, 10 000 Waggons Mais, 15 000 Waggons Gerste und Hafer usw. . . Ich habe dem nicht weiter hinauszugehen, als daß Karl May offenbar auch die Rumänen gut gekannt hat.

Eine listige Münchener Revolutionsidylle erzählt Björn Björnson, der in Deutschland lebende Sohn des vor einigen Jahren verstorbenen großen norwegischen Dichters Björnsterne Björnson. Während der Räteherrschaft erschienen eines Tages bei einem alten Ehepaar in München mitten in der Nacht acht Revolutionäre, die, wie sich das zu gehört, mit Revolver und Handgranaten ausgerüstet waren. Sie durchsuchten die ganze Wohnung, guckten in alle Schränke und wählten einen besonders liebevollen Blick in die Brieftasche. Das Geld lag aber schon auf dem Nachttisch und brauchte nur genommen zu werden. Der alte Herr gab es sofort dem nächststehenden Abgesandten, der bedrohlich mit seinem Revolver herumfuchtelte. Schweigend steckte der Revolutionsheld das Geld ein. Mächtig aber sprach er die gewaltigen Worte: „Es muß mehr Geld da sein als diese fünf Mark!“ Worauf ihn der alte Herr höflich darauf aufmerksam machte, daß er nicht einen, sondern acht Fünfmarkstücke eingesteckt habe. Das hatte der Vermögensangehöriger in der Eile gar nicht bemerkt. Er griff nochmals in die Brieftasche, zog das Geld heraus und begann zu zählen. Es waren wirklich acht Scheine. „Na ja“, sagte er gemächlich, „dann ist gut. Dann stimmt’s!“ Die andern Herrschaften forschten inzwischen nach Schmuckstücken. Sie fanden aber nichts als eine kleine Armbanduhr. Die steckte ein junges Mädchen in die Hosentasche. Dann wurden Schränke aufgerissen, Stühlen umgestürzt, Kleider durchsucht. Aber die beiden alten Leuten besahen nicht viel, und auch der vorgehaltene Revolver konnte da nicht viel helfen. Also gab man sich mit dem spärlichen Ergebnis zufrieden. Bevor die granatischen Revolutionäre aber sich entfernten, kam der Jüngling, der vorher die Armbanduhr in die Hosentasche gesteckt hatte, zu dem alten Herrn und sagte in fast bittendem Tone: „Hilt schön, Herr Doktor, könnten Sie mir ein kleines Schächtel für die Uhr geben?“ Und der höfliche Spartakist bekam nun auch noch sein „kleines Schächtel“. So etwas kann aber nur in dem urfideleu München passieren!

Die Einfachheit. Nun ist wieder die Einfachheit, und unsere Hausfrauen haben die übliche Not mit den Gummiringen. Jeder Gummiring hat eine beschränkte Lebensdauer, schließlich geht er einmal beim Öffnen entzwei. Die Ringgummiringe wurden überhaupt nur ein Jahr alt, sie lieierten nur einmal einen Verschluß, und beim Öffnen rissen sie unweigerlich. Die Industrie hat ja nun freilich eine ganze Anzahl von Dosenöffnern geliefert. Der Beschreibung nach lagen diesen Apparaten ganz gesunde Ideen zugrunde. Aber in der Praxis hat die Sache einen Haken gehabt. Jedenfalls hört man nach wie vor die Klagen über zerissene und nicht mehr verwendbare Gummiringe, sowohl von sogenannten Friedensgummis wie auch erst recht von regeneriertem Kriegsgummi. Zum Glück haben die Frauen die alten eingetragenen Ringe nicht fortgeworfen, dazu war ihre Anschaffung zu teuer und die Hausfrauen zu sparlich. In Schränken und Kästen treiben sie sich in ansehnlichen Mengen herum. Es gibt ein sehr einfaches Mittel sie zu verwenden. Man nimmt einfach zwei Gummiringe. Wenn sie gut gereinigt sind und so aufeinander gelegt werden, daß nicht gerade Riß auf Riß kommt, so laugen sie sich an einander fest und geben durch den Luftdruck nachher einen famosen Verschluß, der allen Anforderungen genügt. Man probiere es und wird von der Wirkung überrascht sein. Natürlich gibt es auf diese Weise nur halb hundert Verschlüsse, aber das ist besser als nichts.

Der Obsthändler als Fürst von Viechtenstein. Noch nie sind aus dem kleinen Fürstentum Viechtenstein so viele Nachrichten zu uns gelangt wie jetzt, wo die Viechtensteiner sich anschicken, große Politik zu machen, und sich mit Deutsch-Österreich überworfen, um Anschluss an die Schweiz zu suchen. Was aber jetzt gemeldet wird, steht allen bisherigen Viechtensteiner Berichten die Krone auf. Am 12. November 1918 feierten die Viechtensteiner das diamantene Regierungsjubiläum ihres Fürsten, den, da er fast nie ins Land gekommen war, kaum die ältesten Leute von Angehörigen zu Angehörigen gesehen hatten. Ja, es wurde damals in den schwungvollen Festschriften nicht einmal gesagt, wie der Fürst heißt, da es niemand wußte! Ganz schlimm stand die Sache aber mit seinem Bilde, wie nummehr in den in Viechtenstein erscheinenden Oberböhmer Nachrichten zu lesen ist: „Wie ist es möglich“, so heißt es dort, „daß in unfern Volksschulen heute noch kein echtes Fürstenbild hängt? Vor einigen Jahren mußte das Fürstenbild, das — wie es hieß — einen Wiener Obsthändler darstellte, entfernt und durch das noch jetzt vorhandene ersetzt werden. Nun haben wir dieser Tage unfern Landesvater gesehen und kennen ihn jetzt, aber das Bildnis in unsern Schulen gleicht ihm ganz und garnicht. Wer weiß, wer das nun wieder ist?“ Selt: vielleicht einer der vielen Viechtensteiner Schleichhändler sein edles Konterfei als Fürstenbild in die Schulen — geschmuggelt haben?